

insoweit sie den Bestand, die Kraft und die Entfaltung des österreichischen Staatswesens und...

Die Nationalitätenfrage.

Eine Enquete.

Die Völker des Habsburger-Reiches haben während des halb 2/3 Jahre dauernden Weltkrieges erkannt — so weit sie sich nicht früher bereits darüber klar waren — daß die Feinde der Donaumonarchie auch die ihres Volkstums sind und daß ihre nationale Existenz nur im Rahmen der Monarchie gesichert ist.

Die Entwicklung der politischen Verhältnisse zeigte, daß die Gegner unseres Vaterlandes gleichzeitig auch Gegner der deutschen Gesamtnation sind und daß jede Schwächung des Donaureiches eine Stärkung des Panrussismus und dessen Verbündeten bedeutet. Andererseits konnten Polen, Ruthenen, Slowenen, Kroaten und Serben deutlich sehen, daß die Petersburger Machthaber trotz aller Phrasen von „slawischer Solidarität“ jeden Moment bereit waren, die Bulgaren und die Südslawen — Italien zu opfern; daß der sogenannte Panславismus eben nur — Panrussismus sei. Wenn daher alle Volkstämme ein gleichmäßiges Interesse an der Erhaltung wie an der Erneuerung des Donaureiches haben, so müssen sie wie im Kriege auch im Frieden sich enge aneinander schließen und die mit den Lebensbedingungen der Monarchie unvereinbaren Sonderinteressen dieser unterordnen.

Die Wichtigkeit dieser Fragen hat die Redaktion des „Fremden-Blatt“ veranlaßt, eine Enquete über die nationalen Probleme unserer Monarchie zu veranstalten. Angehörige sämtlicher Nationalitäten und Vertreter der verschiedensten Programme werden zum Worte gelangen. Es soll mit diesen Auseinandersetzungen die Diskussion über die Voraussetzungen einer nationalen Verständigung eingeleitet werden, zum Heile des Staates und im Interesse des kulturellen sowie sozialen Fortschrittes sämtlicher Völker.

Dr. Wilhelm Freiherr v. Berger,

Mitglied des Herrenhauses.

Wenn ich der freundlichen Einladung, zur Nationalitätenfrage in unserem Vaterlande mich zu äußern, hiemit entspreche, obliegt es mir vor allem festzustellen, daß ich keineswegs im Namen weiterer Kreise, geschweige denn parlamentarischer Vereinigungen oder Parteien, das Wort zu führen mich berufen fühle, sondern eben nur ganz persönliche Eindrücke und Beobachtungen zum Ausdruck bringe, wie sie sich mir im Verlaufe der Begebenheiten und besonders unter dem Einflusse der weltbewegenden Ereignisse unserer Tage ergeben haben.

Man weiß, um was es sich handelt. Ein neues Österreich soll entstehen, ein verjüngtes ohne die alten Uebelstände und Schwierigkeiten, ein mächtiges, großes Österreich, in welchem die Notwendigkeiten des Staatsganzen in Hinsicht der Sprache und alle übrigen Erfordernisse den Nationalitäten gegenüber zur vollen Geltung gebracht sind. Aber auch ein Österreich vollkommen durchgeführter Gleichberechtigung, in welchem es keinen Raum mehr geben darf für den Haß der Nationalitäten, Rassen und Konfessionen. Eine deutsch-polnisch-ruthenische oder südslawische Frage, um nur einige wichtige Angelegenheiten unserer Reichshälfte herauszugreifen, soll es nicht mehr geben, dies alles vielmehr im Geiste der Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit geordnet sein. Ein vereinfachtes, von allen Völkern der Monarchie gleich hoch gehaltenes Bündnis mit dem mächtigen Deutschen Reiche, ein Bündnis, das sich ausdehnen soll auf andere treue Verbündete bis in den fernsten Osten, soll die dauernde Grundlage der österreichisch-ungarischen Politik bilden. Die Monarchie, welche im Kriege so Herrliches und Wunderbares vollbringen konnte, hat gewiß auch die Fähigkeit und Kraft in sich, im Innern die Hindernisse zu beseitigen, welche der vollen Verwirklichung der weisen Absichten ihrer großen Herrscher und besten Söhne bisher im Wege standen. Die allerschwerste Habsburger Monarchie ist bestimmt, der Hort des Rechtes glücklicher Völker zu sein, deren zwar nach bitteren Kämpfen, aber auch langem ehrlichen Mähen gewonnener eintätiger Zusammenhalt vorbildlich werden soll für die Gestaltung der Weltverhältnisse.

Wandeln wir diesen Weg? Wohl noch nicht ganz, aber gewiß nicht den entgegengelegten.

Wer sich in unsere eigenartigen Verhältnisse als Verstehender eingelebt hat, konnte an der Lebenskraft und inneren Festigkeit unseres Staatswesens niemals zweifeln. Nur fernstehende Beobachter, zumal ein gern sich täuschen lassendes Ausland, konnten durch gewisse Erscheinungen zu falschen Schlüssen bezüglich der Konstitution unserer alten Monarchie verleitet werden. Wir wissen, daß hinter den heftigsten Ausbrüchen nationaler Leidenschaft zuweilen weit eher verzerrte Vaterlandsliebe als Abneigung gegen das Staatswesen zu finden war. Selbst in Zeiten schmerzlicher parlamentarischer Obstruktionen haben hinter der offiziellen Bühne in den Jahren vor dem Kriege nationale Gegner in Konferenzen Verhandlungspunkte gefunden, Annäherungen festgesetzt und bei Erörterung heikelster Fragen gegenseitige Wertschätzung und Gerechtigkeit walten lassen. Es kam so weit, daß nur mehr „eine papierdünne Wand“ Deutsche und Tschechen zu trennen schien. So hat denn der anscheinend so ganz unfruchtbare nationale Zwist in letzter Entwicklung, wenn schon nicht innerhalb der auf ihre Standpunkte eingeschworenen Parteien als solcher, so doch in weiteren Kreisen der Bevölkerung dem Gedanken einer gegenseitigen Verständigung Bahn gebrochen und dadurch der Stärkung des Staatswesens gedient. Es fehlte gleichsam nur noch ein herz after Aua und die von den besten Männern bei erste nie „mitlere Linie“ wäre beschritten worden, auf welcher zum Wohle der streitenden Teile und des Staates die nationale Verständigung hätte zustande kommen sollen.

War dieses Ziel bei Ausbruch des Krieges noch nicht erreicht, so hat unser Vaterland gleichwohl in diesem ungeheuerlichen Kampfe, welcher sowohl hinsichtlich seiner Dauer-

sionen als auch der erzielten Opfer einzig in der Geschichte dasteht, eine Probe auf seine Wehr- und Widerstandsfähigkeit, seinen durch nichts zu erschütternden Zusammenhalt abgelegt, wie sie glänzender nicht erwartet werden konnte und der Lebenskraft der Monarchie ein Zeugnis ausstellt, dessen überwältigendem Eindrucke die Feinde auf die Dauer sich nicht verschließen können. Die mächtig sich offenbarende Gewalt des österreichischen Staatsgedankens wird auch über den Krieg hinaus ihre schöpferische Wirkung üben, die Parteien höheren Gesichtspunkten zugänglich und geneigt machen, bei voller Barung ihrer nationalen Ansprüche, verständnisvoll den aus dem Kriege erwachsenen gebieterischen Anforderungen gerecht zu werden, das heißt mit Gewissenhaftigkeit und Tatkraft daran zu arbeiten, daß unser neues verjüngtes Österreich im Frieden in seinen wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Leistungen nicht zurückbleibe hinter dem Österreich des Krieges mit seinen unsterblichen Taten und seinen Opfern im Felde.

Das besonders in jüngster Zeit hervortretende Streben der nationalen Parteien, sich zu konzentrieren, in möglichst großen einheitlichen Verbänden sich zusammen zu schließen, braucht keineswegs als Vorbote einer Verschärfung der nationalen Gegensätze bearbeitet zu werden. Diese Vereinheitlichung ist vielmehr ein Zeichen, daß innerhalb der nationalen Verbände auch die gemäßigten Elemente zur Geltung kommen und ihren heutzutageigen Einfluß ausüben können, während früher die Radikalen genügt waren, allein das große Wort zu führen. Kein Wunder, wenn gerade die besten, zur Mäßigung geneigten Männer sich abgestoßen fühlten und dem nationalen Indifferentismus verfielen.

Das in den schwersten Tagen erprobte, tief in den Herzen von Herrschern und Völkern wurzelnde, organisch begründete treue Freundschaftsbündnis zwischen den beiden Kaiserreichen, welchem sich im Laufe des Krieges viele Bundesgenossen angeschlossen haben, wird auch in Zukunft dem Staats- und Volkswohl dienen und unter Berücksichtigung der beiderseitigen Bedürfnisse vertieft werden. Das deutsch-österreichische Bündnis bietet die verlässliche Gewähr nicht allein für die Großmachtpolitik und Selbständigkeit der beiden Kaiserreiche, sondern auch für die Erfüllung der hohen kulturellen und materiellen Aufgaben, welche die Geschichte den beiden mächtigen Reichen gestellt hat.

Wir dürfen voll Vertrauen einer glücklichen Zukunft unseres über alles geliebten Vaterlandes entgegen sehen. Auch nach dem schmerzlichen Heimgange unseres unvergesslichen großen Kaisers Franz Joseph wird die Monarchie unter dem Scepter seines schon ebenso nahe den Herzen seiner treuen Völker stehenden jüdischen Nachfolgers Kaiser Karl nach einem heroischen nicht fernem, den Orakeln des Krieges ein Ziel setzenden ehrenvollen und herrlichen Frieden, die Bedingungen des Gedeihens in sich tragen.

Wohl vermögen wir den Schleier der Zukunft nicht zu lüften. Aber es ist eine Lehre der Geschichte, daß Umgestaltungen, welche die Verhältnisse tief berühren, namentlich wenn sie mit dem Absterben markanter Generationen zusammenfallen, Neuorientierungen der Geister im Bewußtsein haben. Wie die Parteien, wenn wir schon dieses leidige Wort in die neue Zeit hinein eine men mühen, sich umwandeln werden, was als veraltet aus der Politik ausgeschaltet werden wird, welche neuen Ideen auf die Menschen verbindend oder scheidend einwirken werden, ob der Nationalismus sich in seinem Wesen gleich bleiben oder verändern wird, wer vermöge das heute schon zu sa en.

Aber es ist nicht wahrscheinlich, daß die Menschen nach den furcht aren Erfahrungen dieser Weltkatastrophe nichts gelernt und nichts veressen haben, und gesonnen sein sollten, alte Kämpfe an dem Punkte wieder aufzunehmen, an welchem sie durch den „Burgfrieden“ abgebrochen worden sind. Die Aufgaben der Zukunft werden so große sein, daß sie eine Zerspaltung der Kräfte in kleinlichen Kämpfen, wie ebend nicht vertragen und nur im eintätigen Zusammenwirken aller werden gelöst werden können, getreu dem Wahrsprache des heimgegangenen Kaisers: Mit vereinten Kräften.

Die neue Zeit wird großzügig und im besten Sinne des Wortes modern sein müssen.

Dr. Heinrich Friedjung.

Staatseinrichtungen, die sich durch lange Jahre eingelebt haben, sollen durch Gesetze sanktioniert werden, wenn man nicht die Absicht hat, eine andere Ordnung der Dinge zu schaffen. Die gesonderte Verwaltung Galiziens besteht tatsächlich seit 40 bis 50 Jahren, so daß es eine natürliche Konsequenz ist, ihr auch gelegentlichen Ausdruck zu geben. Von diesem einfachen Gesichtspunkte aus ist die angefangene und im Zuge befindliche Reform zu beurteilen. Wenn das Gesetz dem Lande Galizien eine Verfassung gibt, welche ihm in der inneren Verwaltung und im Unterrichtsweien die Selbstverwaltung überträgt, so bleibt es etwa beim Alten. Die Neuierung wird nur darin bestehen, daß auch das Gesetzgebungsrecht, welches in weitem Umfange bisher dem Reichsrat zustand, dem galizischen Landtag übertragen wird. Auch hier wird im Wesen der Sache keine Aenderung eintreten, weil der Einfluß von Polen im Reichsrat immer so groß war, daß gegen ihren Willen Gesetze nicht gegeben werden konnten. Man lasse also das Zaubeln und das Trauern, es gilt auch hier der Satz: es gibt nichts Neues unter der Sonne.

Eine wirkliche Aenderung der Dinge wird nur insoweit eintreten, als in den Angelegenheiten, in denen die Kompetenz des galizischen Landtages erweitert werden soll, die Reichsrats-Abgeordneten Galiziens nicht mehr an den Beratungen des Wiener Parlamentes teilnehmen können. Es wäre ganz verkehrt, daß sie in Lemberg, ohne Zuziehung der österreichischen Volksvertreter, die Gesetzgebung z. B. über die Universitäten erhalten und daneben auch mitwirken sollen an den gleichartigen Gesetzen für das übrige Österreich. Das aber wird ein wesentlicher Fortschritt sein. Als Österreich — ich schlage diese Bezeichnung für Österreich mit Ausschluß Galiziens vor — wird über sein Schicksal selbst verfügen

ohne Zuziehung der galizischen Abgeordneten. Dieses Mästerreich war bereits ein festgefügtter Staat, als Galizien zwischen 1772 und 1795 an die Monarchie fiel. Die Verquickung des Staates von 1772 mit dem neu erworbenen Galizien hatte etwas Unnatürliches. Trennen wir uns also in aller Freundschaft und wir werden uns besser vertragen als bisher. Österreich wird seinen früheren politischen Charakter wieder erhalten und das wird für die ganze Monarchie ebenso förderlich sein wie für die Deutschen Österreichs.

Diese Staatsform wurde vom galizischen Landtag durch die feinerzeit viel besprochene Resolution von 1868 geurteilt. Damals widerlegte sich die deutsche Verfassungspartei in ihrer Mehrheit den Wünschen der Polen, weil sie nach ihren Ueberlieferungen zentralistisch war. Nur eine kleine Gruppe nationaler Politiker sprach sich von 1868 ab für die Sonderstellung Galiziens aus. Dieses Programm wurde auf dem großen deutsch-österreichischen Parteitag von 1880 von einer Gruppe jüngerer Politiker empfohlen, die damals Dr. Otto Steinwender und mich zu ihren Rednern bestimmte. Später ging diese Forderung in das Singer Programm und 1885 in das Programm des deutschen Klubs im Abgeordnetenhaus über. Mit der Zeit haben sich nahezu sämtliche Fraktionen der bürgerlichen Parteien Deutsch-Österreichs in diesem Sinne entschieden.

Die Reform wäre aber unvollständig, wenn in dem für Galizien zu erlassenden Grundgesetz nicht auch für die Ruthenen oder, wie sie sich jetzt nennen, für die Ukrainer Sorge getragen werden sollte. In dieses Grundgesetz muß ein für die Ukrainer vorzusehendes Nationalitätenrecht aufgenommen werden. Wenn sie nicht die Bürgerschaft selbständiger Entwicklung erhalten, werden sie immer unzufrieden sein und nach Rußland hinüberschielern.

Je genauer sich die Staatsformen an die Natur des Landes und des Volkes anschmiegen, desto besser für das Gemeinwesen. Nur das Unnatürliche ist von Argem, unnatürlich aber ist die jetzige Verquickung von Österreich und Galizien. Sie tut beiden Teilen Zwang an, sie lähmt die freie Entwicklung der Polen dort, der Deutschen hier. Die Sonderstellung Galiziens gibt jedem Teile das Recht der Selbstbestimmung.

Franz Jaffer,

Reichsrats-Abgeordneter.

Die Nationalitätenfrage in Österreich darf nicht, wie bisher, ausschließlich vom völkischen Gesichtspunkte behandelt werden. So lange die Völker Staat spielen wollen, so lange sie dem Ideale anhängen, daß die Zusammenfassung aller Volksteile zu einem Staate oder staatsähnlichen Gebilde das letzte Ziel aller Entwicklung sei, so lange ist das Nationalitätenproblem durch ein Uebereinkommen der Völker selbst unlösbar; denn bei jedem Versuche macht sich sofort der Interessengegensatz zwischen beharrenden und ausbreitenden Völkern bemerkbar. Das Volk, das über seinen ursprünglichen Wohnraum hinausquillt, wird seine ausgewanderten Massen als Kolonisten der Nation betrachten, welche die räumliche Angliederung an das Stammgebiet vorzubereiten haben.

Die beharrenden Völker, die keine Massen, sondern nur überschüssige Intelligenz oder Qualitätsarbeiter abzugeben haben, deren Auswanderung daher ziffermäßig gering ist, können selbstverständlich nie die Hoffnung hegen, Gebiete nichtdeutscher Völker im Laufe der Zeit derart national zu durchsetzen, daß aus der ursprünglichen Minderheit eine Mehrheit werde. Die von diesen Völkern ausgesendeten Menschen bilden daher nationale Minderheiten ganz anderer Art wie die der ausbreitenden Völker.

Beharrende Völker müssen sich mit dem Raume begnügen, den sie ererbt haben. Auch sie können dem Ideale des völkischen Staates anhängen — aber aus den Gründen der leichteren Vertreibung.

In Österreich sind die meisten slawischen Völker heute noch in der Ausbreitung begriffen; das deutsche Volk aber ist das beharrende. Da es aber in zwei von einander durch den tschechischen Block getrennte Wohngebiete zerfällt, deren jedes selbst wieder durch die Natur in zahlreiche miteinander nur in loser Verbindung stehende kleinere Gebiete zerlegt wird, so fehlt die wichtigste Voraussetzung für die staatliche oder staatenähnliche Zusammenfassung der Deutschen — der räumliche Zusammenhang. Wenn sie eine Einheit bilden und eine gemeinsame völkische Politik treiben wollen, so können sie dieses Ziel nur innerhalb der höheren räumlichen Einheit, im österreichischen Gesamtstaate, erreichen.

Eine Ueberbrückung dieser grundsätzlich verschiedenen Auffassungen der einzelnen Völker durch die Völker selbst ist derzeit unmöglich. Das wäre allerdings zugleich die Verneinung einer Regelung des Nebeneinanderlebens und Zusammenarbeitens der Völker überhaupt. Wenn man daher der sogenannten „natürlichen völkischen Entwicklung“ freien Lauf läßt, so entfesselt man auf dem Raume zwischen der Adria und dem Riesengebirge, zwischen dem bairischen Wald und dem Pruth einen

Völkertampfe, der immer wieder auflockern wird.